



# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierjährlich 1,20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zehner Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephon 2503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pf. für die einspaltige  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Interate werden nur gegen  
vorherige Einlieferung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 39.

Sonnabend, den 29. September 1917.

21. Jahrgang.

## Die wirtschaftliche Lage, die Unfälle und Unfallverhütung in der Steinindustrie. Nach dem Jahresbericht der Steinbruch-Berufs- genossenschaft für 1916.

Durch die Konkurrenz des Betonbauverschaffens und der Veränderungen in der architektonischen Ausgestaltung der Bauweise ist diese Industrie schon vor dem Kriege sehr ungünstig beeinflusst; so nachteiliger muß sich eine derartige Wirkung im Laufe der nächsten Jahre zeigen. „Von allen Industrien“ so heißt es in dem Bericht der vorgenannten Berufsgenossenschaft, „die unter der einwügenden Kriegsnöt zu leiden haben, ist wohl keine so schwer getroffen worden wie die Steinindustrie. Ihre Errungenisse dienen oder doch nur zum kleinen Teil dem unmittelbaren Bedarf der Landes- und Marine. Die Bauaktivität ruht fast ganz, und soweit sie militärische Bauten noch im Gange ist, greift sie nicht auf deren Hausteinkmaterial zurück. Die wenigen Betriebe, die noch vollen Umgange tätig sind, liegen unter der im Laufe des Jahres weiter fortbreitenden militärischen Einberufung auch der älteren Jahrgänge, welchen der erfahrene Teil der Arbeiterschaft wie viele Unternehmer, Betriebsbeamte und Amtseher angehören. Diese Kräfte lassen sich nicht durch weibliche und jugendliche Arbeiter ersetzen, denn dazu ist die Arbeit zu schwer und die notwendige Erfahrung zu groß, als daß sie sich leicht erwerben läßt.“

In einem großen Teil der Betriebe wurde die Tätigkeit eingestellt oder sie wurde auf Kriegsbauwerke geschlossen. Insbesondere solche Betriebe davon betroffen, die seither Material für Bauarbeiten lieferten, wie Sandstein-, Granit-, Muschelkalksteinbrüche, Schiefergruben, in Bayern auch die Lithographiesteinindustrie. Insgemäß waren noch die Hartsteinbetriebe, welche Kalksteine und Schottermaterial erzeugen und bei denen die männlichen Arbeiter unter Umständen durch Frauen und Jugendliche oder Kriegsgefangene ersetzt werden können. Auch manche Kalksteinbrüche und Kalkwerke waren gut beschäftigt, durch Umsiedlung von Molkereisteinen für Hochöfen und vor Allem für die Eisenwirtschaft. Diese Betriebe litten indessen viel unter dem Manöver an Eisenbahnwagen und an Fuhrwerk. In gleicher Art waren Granitsteinbrüche, die Platten zur Herstellung von Säulen und steinernen Skulpturen liefern konnten, und vereinzelt Sandsteinbrüche, die für chemische Zwecke arbeiteten und Schieferfabriken, lohnend beschäftigt. In Bayern haben namentlich den verlorenen zwei Betriebszweigen die Graphitwerke bedeutender Aufschwung genommen, wo in vielen dieser Betriebe Laz und Zahl gearbeitet wird. Dagegen hat die Zementindustrie in einzelnen Teilen des Reiches ihre Produktion auf die Hälfte und mehr eingeschränkt, und auch in den Gipsfabriken ist die Arbeitszeit ganz gering.

Ein Teil der Zementfabriken und andre sind zur Herstellung von Heeresbedarfssorten wie Granaten, Holzvollgasfabrikation, chemische Weberei für Traggurte der Artillerie usw. eingerichtet worden. In vielen Betriebszweigen werden überwiegend weibliche Arbeiter und außerdem Jugendliche beschäftigt; letztere wurden bei Transportarbeiten verwendet. Dagegen war die Zahl der beschäftigten Kriegsgefangenen groß und die der Zivilgefangenen beschränkt, wo man mit den letzteren nur geringe Erfolge aussah. In vielen Betrieben übertraf die Zahl der Kriegsgefangenen diejenige der beschäftigten versicherungspflichtigen Personen um das zweie- bis dreifache. In einigen Betrieben sind sogar bis zu 50 Gefangene neben nur zwei bis vier deutschen Kriegsgefangenen, die hier über den Arbeitsbeteiligungsdrang der Kriegsgefangenen wird gestellt. Hiergegen sollte doch eine mehr konsonante Beurteilung fällt gewinnen. Denn was wäre bei den wirtschaftlichen Auszehrungs- oder Ausblühungszielen unserer Feinde aus der ganzen deutschen Produktion ohne die Arbeitskraft der Kriegsgefangenen geworden?

Die Verwendung von Kriegsbeschädigten war im allgemeinen gering. Eine Zementfabrik beschäftigte 25 Kriegsbeschädigte bei der Abnahme von Granaten, Prüfung der Gewinde usw. Vier Kriegsbeschädigte waren in Steinbrüchen als Ausseher und Betriebsleiter tätig und einer wurde in einer Steinjägerei als Maschinenzüchter beschäftigt. Die Zahl der Petriebe betrug im letzten Friedensjahr 1913 11761 und die der Vollarbeiter 171492. — Dagegen betrug die Zahl der Betriebe 1916 10479 (10892) und die der Vollarbeiter 1531 (7933). Die in Einslagerung gesetzten Zahlen gelten für 1915. Gegen Petriebsunfälle waren 1915 freiwillig versichert 45 Unternehmer (49) und 48 Beamte (54). Wie schon für 1915, geben diese Zahlen auch für 1916 keinen einwandfreien Maßstab für den Beschäftigungsgrad der in der Berufsgenossenschaft vertretenen Industrie; weil die Arbeitslage der Kriegsgefangenen nicht in Anrechnung gebracht werden. Mit Beginn des Jahres 1917 ist aber auch die Kriegsgefangenen versicherungspflichtig; was vielleicht allgemein dazu angeht sein wird, den Arbeitsmarkt wieder in Gang zu bringen. Neben der Abnahme der Betriebe gehen die im Bericht angegebenen „Tatsächlich verdienten Löhne und Gehälter“ einen mehr sicheren Einblick in den wirtschaftlichen Zustand der Steinindustrie. Ausschließlich des Jahresberichtes der freiwillig versicherten Unternehmer und Angestellten hervor die Abnahme (Markt):

Auf einen Vollarbeiter (mit 70 Arbeitsstunden pro Woche) kommen im Jahr 1916 folgende Löhne:

	Auf einen Vollarbeiter (mit 70 Arbeitsstunden pro Woche)	1913	1914	1915	1916
		1188	1187	1193	1211
		3,96	3,89	3,98	4,37

Sie schon im „Steinarbeiter“ 1916, Nr. 48, darum hinzugefügt, dass diese Durchschnittslöhne keine Zuverlässigkeit. Bei einzelnen Branchen und für qualifizierte Arbeiter werden höhere Löhne gegeben. Diese Löhne und die „Löhne“ der versicherungspflichtigen Unternehmer sowie die Gehälter der besser bezahlten Angestellten und Beamten, Ausseher usw. werden bei den Jahresdurchschnittsberichten

mit hineingerechnet, so daß in Wirklichkeit der Durchschnittsarbeiter einen solchen Jahreslohn noch nicht einmal erhält. Wie dabei die Arbeiter der Steinindustrie in der jetzigen Zeit, bei der durchweg körperlich anstrengenden Tätigkeit, ihre Ernährung und Gesundheit aufrecht erhalten können, darüber ist in diesem Bericht nichts angegeben. — Lange Arbeitszeit und niedrige Löhne deuten die Lebensstimmung und erzeugen eine Gleichgültigkeit gegen den Wert des Diensts und der Gesundheit. Wo Mann und Weib und auch die Kinder schon früh arbeiten müssen, um den Lebensunterhalt der Familie aufrecht zu erhalten, da fehlt in der übergroßen Zahl der Fälle auch das richtige Verständnis für den Arbeiterschutz. Die soziale Not stumpt jedes Bildungsbedürfnis ab und steht im Zusammenhang mit der Zunahme der Berufserkrankungen und der Unfälle. Am folgenden wird eine Darstellung von den Unfällen vergleichbar zu dem letzten Friedensjahr 1913 gegeben:

Gemeind.	Gesamt.	Unfälle.	Todl. verl.	Ruf je 1000 Vollarbeiter somm.	Gemeind.	Gesamt.	Unfälle.	Todl. verl.
1913	13 258	2 392	274	77,31	13,95	1,58		
1914	11 243	2 126	217	82,19	13,54	1,58		
1915*	8 784	1 172	146	85,26	14,77	1,84		
1916	5 658	1 080	159	79,10	15,10	2,22		

Diese Zahlen zeigen die hohe Betriebsgefährlichkeit der Steinindustrie und die verhältnismäßig beträchtliche Zunahme der Unfälle, und hierbei auffällig die der Tödlichverletzten während der verlorenen Friedensjahre. Von Interesse sind hierzu auch die Zahlen entschädigter Unfälle nach Alter und Geschlecht:

Jahrsachen	Erwachsene		Jugendliche (unter 18 Jahren)	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1913	2 820	16	47	—
1914	2 083	8	84	1
1915	1 128	19	25	—
1916	976	35	67	2

Neben die Unfallbelastung der beschäftigten Kriegs- und Zivilgefangenen gibt der sonst übersichtlich geholte Bericht keine Zahlenangabe; hierüber ist den Vermutungen der größten Spielraum geblieben. — Die „Zunahme der Unfälle“, so heißt es im Bericht, „hat hauptsächlich ihren Grund in der Verwendung mangelhaft geschultter Arbeitskräfte und Aufsichtspersonen. Der auf äußerste Beanspruchung, ungeübte Bedeutung, Mangel an Handwerkern, Fehlen von Schmiermitteln usw. zulässig machende Zustand vieler Betriebsanlagen hat nicht nur die Erhöhung der Unfälle beigebracht; endlich aber auch die Verwendung neuer, besonders unfallgefährlicher Sprengstoffe. Die Kriegserahrsprungstoffe erhöhen nicht nur die Unfallgefahr, weil sie weniger handhabungsfähiger sind, es kommt auch der ältere Wechsel in den zur Verfügung stehenden Sprengstoffen in Betracht.“ Wobei anschließend auch noch an die bei der Verwendung sich zeigende Giftwirking und die giftigen Gase erinnert werden muss. Aber darin wird nicht allein die Ursache zu suchen und zu finden sein, denn die Berufsgenossenschaft hatte schon in den Friedensjahren eine ganz außergewöhnliche Unfallbelastung aufzuweisen. Die Zahl der Unfälle bei den Betriebsrichtungen und durch Vorgänge bei Motoren, Transmissions, Hebezeugen, und im weiteren durch Zusammen- Ein- und Absturz von Gerüsten, Leitern usw. sowie bei dem Transport von Materialien, war bei der Steinindustrie immer sehr hoch. Unter andern werden im Bericht von den 1080 erstmals entschädigten Unfällen 100 auf „Handeln wider bestehende Vorrichtungen oder erhaltenen Anweisungen“, 345 auf „Ungefährligkeit und Unachtsamkeit“ und 370 auf „Sonstige angegebene, insbesondere in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen zurückgeführt. Daran ist zu erkennen, daß es an einer wirksamen Belehrung der Arbeiter, Frauen, Jugendlichen und Gefangenen über die Unfallverhütungsvorschriften fehlt. Die Gefährlichkeit des Betriebes ist immer ein britisches Argument. Eine planmäßige und übersichtliche Petriebsunfallverhütung und Hygiene hat eben die Aufgabe, diese Gefährlichkeit abzuschaffen oder ganz zu beseitigen. Aber in der ganzen Überhasten und wilden Arbeitsweise vieler Betriebe läßt sich sehr wenig eine leidende Absicht erkennen, Menschenleben zu fördern; hier fehlt eine mehr entschlossene Rücksichtnahme zu fördern. Denn was wäre bei den wirtschaftlichen Auszehrungs- oder Ausblühungszielen unserer Feinde aus der ganzen deutschen Produktion ohne die Arbeitskraft der Kriegsgefangenen geworden?

Für die zehn Sektionen der Genossenschaft waren 1913–14 technische Aufsichtsbeamte angestellt, wovon sechs zum Heeresdienst einzogen waren, so daß also diese Überwachung nur durch acht dieser Beamten wahrgenommen werden konnte. In 741 Aktivitätsstagen sind von den vorhandenen 10 179 vorhandenen Betrieben 2562 gleich 24,5 Prozent revidiert; in dem letzten Friedensjahr 1913 waren es 57 Prozent der Betriebe. In den Sektionen 8, 9 und 10, welche für Schlesien, Hannover, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Sachsen, Preußen, Ost- und Westpreußen, Berlin, Braunschweig, Oldenburg, Lippe, Hansestädte und Mecklenburg in Frage kommen, ist 1916 überhaupt keine Revision vor sich gegangen. „Die Untersuchung der Durchführung der Schutzmaßnahmen“, so wird im Bericht gesetzt, „hat während des Krieges durch Versicherte, Aufsichtspersonen und Unternehmer eine Verminderung erfahren. Dies durch diejenigen Aufsichtsbeamten, die zum Kriegsdienst einberufen wurden, durch andere nicht zu erkennen.“ Dem ist so nicht beizukommen. Abgesehen davon, daß hier durch Meliorationen bei der Betriebsverwaltung eingegriffen werden sollte, so steht auf Grund der Kriegsversicherungsordnung (§ 575) der Genossenschaften die Pauschal- in der Überwachung der Betriebe auch Personen anzuordnen. Die Pauschal- und die vorherigen Betriebsaufsichtspersonen sollten die Betriebe nicht mehr ansetzen; an solchen Leuten wird bei der Aufsichtsrichtung von geeigneten Kriegsbeschädigten sicher kein Widerstand beobachtet. Hierfür stehen mit auf ein großes Hindernis bei der Aufsichtsrichtung dieses Aufsichtsdienstes, das ist – das Vorstellen der Arbeiterklasse –, was in der kommenden Zeit auf die Arbeit überwunden werden muss – für 1916 betrug die Summe der Berufsunfallzuschüsse (Manten usw.) 2 920 621 Mk., die von anderen Verhältniszahlen 708 211 Mk.; wo von den letzten 1916 2 Mark für Unfallverhütung und technische Überwachung der Betriebe ausgezahlt wurden.

Am diesem Bericht hat auch die Versicherungspflicht für die versicherten Arbeiter, Beamten, Angestellten und Unterp. statt, die im Faß der verlorenen Friedensjahre d. 1. Todt in der Zentrale des Landes erläutert haben, unter Bezugnahme des Namens und de-

Berufstätigkeit eine Ehrentafel errichtet. Diese Ehrentafel erinnert auch die Berufsgenossenschaft. Diese feierliche Aufführung gibt ein Bild von den ungewöhnlichen Opfern an Minenmenschen, welche durch den Krieg auch von der Steinindustrie gefordert worden sind. Aber wie auch die große Unfallbelastung fast bei allen Berufsgenossenschaften zeigt und wie hierzu in deren Berichten darauf hingewiesen wird, daß auch von den gewerblichen Kämpfen „hinter her dront“, in den Industriebetrieben, im Bau, obwohl „mancher sein Leben lassen mußte oder in anderer Weise zu Schaden gekommen ist“, so wie auch für diese Gefallenen für die kommende Zeit die Errichtung einer Ehrentafel fordern müssen. Diese Ehrentafel wird dann auch dazu angelebt sein, den für den Arbeiterschutz in Frage kommenden Körperschaften das Gewissen und das Verantwortlichkeitsgefühl zu schärfen. Darum auch diese Ehre der werktätigen Arbeit! Gustav Heinze

## Wirtschaftliche Rundschau.

Großbanken und Provinzinstanzen. — Neue Bankenfusionen. — Übernahme der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft und der Märkischen Bank durch die Dresdner Bank. — Stilllegung und Zusammenführung. — Aus dem Brauereigewerbe, der Seiden- und Zementindustrie. — Von dem Stillstellungsprogramm in Lancashire.

Von den bestehenden acht Berliner Großbanken sind vier aus Provinzinstanzen hervorgegangen: Dresdner Bank, Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank), Kommerz- und Disconto- bank und Mitteldeutsche Kreidbank. In neuerer Zeit wurde der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft in Aachen die plärmäßige Entwicklung einer derartigen Entwicklung nachgesagt; einen Beweis für diese Politik wollte man darin erblicken, daß die Bank Ende 1909 ihr Kapital von 80 auf 95 Millionen Mark erhöhte, um Mittel zu dem Ankauf des Bankhauses Hardy u. Co. G. m. b. H. in Berlin zu erlangen. Schon einige Jahre vorher hatte das Rheinisch-Westfälische Finanzinstitut sich an einem andern Berliner Bankhaus, der Firma Delbrück, Schröder u. Co., beteiligt, und diese Erwerbungen ließen immerhin den Schluß zu, daß auf solchem Wege der Übergang zur Berliner Großbank geführt würde. Aber dieser Weg wäre, wenn er beachtet war und verfolgt worden sein sollte, auf außerordentliche Schwierigkeiten gestoßen; sein Ziel hat er jedenfalls nicht erreicht. Die Rheinisch-Westfälische Diskontogesellschaft in Aachen, deren Kapital in der Zeit von 1899–1909 von 7,50 Millionen auf 25 Millionen Mark erhöht worden ist, wird nun von der Dresdner Bank aufgenommen.

Gleichzeitig übernimmt die Dresdner Bank die Märkische Bank, von deren Aktienkapital, das 9 Millionen Mark beträgt, der größere Teil sich übrigens schon seit längerer Zeit in ihrem Besitz befindet. Durch die Fusion mit der Aachener Gesellschaft wird die Dresdner Bank zu Niederlassungen an verschiedenen Plätzen kommen, an denen die Märkische Bank arbeitet. In einer einfachen Lösung empfahl sich die völlige Übernahme auch der Märkischen Bank. Zur Durchführung der beiden Fusionen wird die Dresdner Bank die Erhöhung des Grundkapitals um 80 Millionen vornehmen, so daß das Grundkapital künftig 260 Millionen Mark betragen wird. Unter den deutschen Banken steht nach der Höhe des Grundkapitals die Diskontogesellschaft in Berlin mit 300 Millionen Mark an erster Stelle, dann folgt die Deutsche Bank mit 275 Millionen Mark, den dritten Platz nimmt die Dresdner Bank ein. Mit ihrer jüngsten Ausdehnung will die Dresdner Bank ihre Stellung im Westen erweitern und festigen. Zwischen ihr und dem A. Schaaffhausenischen Bankverein war im Jahre 1909 eine Interessengemeinschaft abgeschlossen worden, die sich jedoch nicht behauptete und ein paar Jahre darauf auseinanderriet, ohne daß die Dresdner Bank nach der Eröffnung in dem Geltungsbereich des Schaaffhausenischen Bankvereins durch eigene Niederlassungen und Angliederungen entsprechend aufzutreten konnte. Nicht lange vor dem Kriege ist der Schaaffhausenische Bankverein in den Besitz der Diskontogesellschaft übergegangen; trotz Übernahme des gesamten Aktienkapitals ließ die Diskontogesellschaft die alte Firma von Schaaffhausen bestehen. Bei dem Erwerb der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft durch die Dresdner Bank wird diese Form nicht beliebt, die Fusion erfolgt völlig, auch in den äußeren Umständen bis auf den Rest. Mit der rheinisch-westfälischen Montanindustrie ist die Rheinisch-Westfälische Diskontogesellschaft verhältnismäßig wenig geschäftlich verbunden, obwohl Geheimrat Adolf Kirdorf, der Leiter der Solingenfrischen Bergbau- und Montan-aktiengesellschaft, zu der seit langem der vor ihm gegründete Aachener Montanverein Rose Erde gehört, den Präsidium im Ausschuss der Bank führt. Die nahezu ständigen geschäftlichen Beziehungen unterhält das Institut mit der Zellstoff- und Mühlenindustrie. In dem Ausschuss der Solingenfrischen Bergbau- und Montan-aktiengesellschaft ist die Dresdner Bank bisher schon durch ihren Leiter, dem Direktor, vertreten. Kirdorf ist mit anders Mittelstern des Ausschusses der Bergbau- und Montan-aktiengesellschaft in Aachen in den Ausschuss der T. o. der Bank eingesetzt.

Unwöhnlich hat sich der Konzentrationsprozeß im Bankwesen auch während des Krieges fortgesetzt; während in den ersten Jahren der Kriegswirtschaft die Banken durch die Kriegswirtschaft und die Kriegswirtschaft durch die Banken herausgeholt wurden, so ist jetzt die Kriegswirtschaft durch die Banken und die Banken durch

